

# Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

## Afghanistan-Gespräche in Bonn

Vom 18. bis 22. Juli fanden in Bonn auf Initiative des 'Afghanischen Rates für Frieden und Nationale Einheit' (ACPNU) Gespräche zur Vorbereitung einer 'Loya Jirga', einer traditionellen Versammlung, statt, die über die Zukunft Afghanistans entscheiden soll. Daran nahmen 150 Personen teil, darunter auch einige Frauen. Vorsitzender des Koordinierungskomitees war Dr. Abdus Sattar Sirat, ehemaliger afghanischer Justizminister und Mitglied der 'Muslimischen Weltliga' mit Sitz in Mekka. Weitere Komitee-Mitglieder waren Ex-Außenminister Hedayat Amin Arsala, der frühere Vizeaußenminister Hamid Karzai und Ex-Polizeichef Abdul Haq. Das Treffen beschloß, Delegationen aus neutralen und anerkannten afghanischen Persönlichkeiten zur Kontaktaufnahme mit den verschiedenen politischen Gruppen zu entsenden, und ein zeitweiliges Büro in der Bundesrepublik einzurichten. Als Arbeitsgrundlage wurde ein Drei-Punkte-Plan des früheren Königs Muhammad Zahir Shah angenommen, der, "wenn notwendig", eine "entsprechende Rolle im Friedensprozeß" spielen soll. "Auf die Taleban zuzugehen, ist eine unserer obersten Prioritäten", erklärte einer der Organisatoren. "Sie spielen ganz sicher eine Rolle in jeder künftigen Regelung in Afghanistan." Allerdings nahmen die Taleban als einzige wichtige Fraktion nicht an den Beratungen teil, jedoch zwei taleban-nahe Kommandanten aus Kandahar, Maulawi Ata Mohammad und Mullah Abdur Razzak. Taleban-Sprecher Abdul Hakim Mujahed hatte das Treffen verurteilt.

## Rekordernte

Dem 'World Food Programme' zufolge erwartet Afghanistan in diesem Jahr die größte Getreidernte seit 20 Jahren. Trotzdem werden über eine Million Opfer von Krieg und Naturkatastrophen auf internationale Hilfe angewiesen bleiben, hieß es am 13. Juli in Rom. 1998 wird eine Ernte von 3,854 Millionen Tonnen, darunter 2,834 Millionen Tonnen Weizen erwartet, fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Gründe hierfür sind ausreichende Regenfälle, die verbesserte Sicherheit im Süden des Landes, wo die Taleban regieren, landwirtschaftliche Rehabilitierungsmaßnahmen wie Minen-

räumung sowie höhere Preise im Vorjahr, die viele Bauern ermutigten, mehr Getreide anzubauen. Trotzdem müssen 740.000 Tonnen Weizen und Reismehl importiert werden, davon 600.000 Tonnen auf kommerzieller Basis. Akuter Nahrungsmittelmangel herrsche weiterhin im Hazarajat, wo 167.000 Menschen eine Hungersnot drohe.

## Taleban verschärfen Visabestimmungen

Visa der afghanischen Opposition werden von den Taleban nicht länger anerkannt, gaben sie am 4. Juli bekannt. Wer ohne Taleban-Visum einreist, werde sofort zurückgeschickt. Diese würden in den Taleban-Büros in Islamabad, Peshawar, Quetta und Karachi (Pakistan), Riyadh und Jeddah (Saudi-Arabien) sowie Sharjah und Abu Dhabi (Emirate) ausgestellt. Auch die Taleban-Repräsentanzen in New York und Bonn seien dazu autorisiert.

Die vertriebene Kabuler Regierung unterhält noch diplomatische Vertretungen in London, Paris, New Delhi, Bonn, New York, Moskau, Duschanbe, Taschkent und Teheran.

## Taleban als Kulturförderer

Die Taleban wollen das Kabuler Nationalmuseum wieder herrichten, berichtete die BBC am 10. Juli. Sie appellierten an Hilfs- und Kulturorganisationen, sich an den Kosten zu beteiligen. Das Museum war nach dem Fall Kabuls an die Mujahedin 1992 von verschiedenen Fraktionen geplündert und teilweise zerstört worden.

## Musik aus!

Die Taleban haben ihrer Radiostation 'Sharia' zufolge 13 Personen in der Ostprovinz Logar wegen Verletzung des Musikverbots bestraft. Die Taleban-Religionspolizei hatte in ihren Häusern Musikinstrumente gefunden.

## Taleban-Gebietsansprüche

Die Taleban haben das Stammesgebiet von Alam Killi Khokayazai in der pakistanischen 'Mohmand Agency' als Teil Afghanistans beansprucht. Das berichtete die 'Frontier Post' (Peshawar) am 17. Juli. Die Taleban hätten dort auch Straßenarbeiten gewaltsam ge-

stoppt, heißt es unter Bezug auf anonyme pakistanische Regierungsquellen weiter. Zudem hätten sie den Nawan-Paß und die 'Bajaur Agency', ebenfalls pakistanisches Territorium, mit Maschinengewehren beschossen. Eine offizielle pakistanische Stellungnahme gab es nicht.

## Afghanische UN-Mitarbeiter ermordet

Die Leichen zwei entführter afghanischer UN-Mitarbeiter wurden am 18. und 19. Juli in der Nähe der ostafghanischen Stadt Jalalabad gefunden. Muhammed Nazir Habib vom UNHCR und Muhammed Hashim Bahsaryar vom 'World Food Programme' waren am 13. Juli auf dem Weg zur Arbeit gekidnappt worden. Beide waren gleichzeitig als Dozenten an der Universität Jalalabad tätig. Über die Täter wurde bisher nichts bekannt. Jalalabad gehört zum Herrschaftsbereich der Taleban.

## Rußland gegen Waffenembargo

Das Außenministerium in Moskau hat am 28. Juli die Idee eines umfassenden Waffenembargos gegen Afghanistan als zwar "attraktiv", aber "praktisch undurchführbar" und deshalb als eine "ineffiziente Maßnahme, die nur eine der Parteien begünstigt" - nämlich die Taleban wegen der unkontrollierbaren Grenze zu Pakistan - bezeichnet. Gleichzeitig dementierte es Berichte der 'New York Times', Rußland habe in letzter Zeit seine Waffenlieferungen an die Anti-Taleban-Allianz verstärkt. Sergej Osnobischew, Chef des unabhängigen Moskauer 'Instituts für strategische Bewertungen', meinte hingegen: Die Taleban seien eine "klare Gefahr" für Rußland, deshalb sei es "nur natürlich", daß es deren Gegner unterstütze.

## UNHCR will repatriieren

100.000 afghanische Flüchtlinge aus Pakistan will das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) im laufenden Jahr in ländliche Gebiete Afghanistans repatriieren. Bisher seien in diesem Jahr bereits 78.000 Flüchtlinge mit Hilfe des UNHCR zurückgekehrt, so UNHCR-Sprecher Rupert Colville am 3. September. Seit Mitte 1990 seien es damit insgesamt vier Millionen Rückkehrer. Aus Iran kehrten seit Januar erst



753 Personen heim. Einem Ende Juli veröffentlichten UNHCR-Bericht zufolge seien einige ländliche Gebiete Afghanistans sicher und stabil. Es gebe jedoch einen Mangel an sozialen Diensten wie Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Arbeitsplätzen, Nahrungsmittel und Wohnungen.

### Gespräche UN-Taleban gescheitert

Bronek Szynalski, amtierender Koordinator für die humanitären UN-Projekte in Afghanistan hat sich "extrem enttäuscht" über Gespräche mit den Taleban über die Rückkehr nichtstaatlicher Hilfsorganisationen gezeigt. Sie waren am 2. August nach nur wenigen Stunden ohne Ergebnis abgebrochen worden. Nach ihrer Weigerung, wie von den Taleban angewiesen in ein gemeinsames Gebäude zu ziehen, hatten die Taleban am 20. Juni 200 Mitarbeiter von 38 NROs mit einem Jahresetat von 38 Millionen Dollar ausgewiesen und die Büros der Organisationen geschlossen. Mehrere afghanische NRO-Beschäftigte wurden verhaftet. Auch die EU stellte ihre Afghanistan-Hilfe ein, nachdem die Taleban EU-Kommissarin Emma Bonino beschuldigt hatten, sie propagiere das Christentum in Afghanistan.

Die NROs sollten in das Wohnheim des ehemaligen Kabuler Polytechnikums ziehen, in dem es weder Strom noch Wasser gibt. Zudem sollten sie für die veranschlagten Reparaturkosten in Höhe von etwa einer Million Dollar aufkommen. Nach UN-Angaben, die wie das Internationale Rote Kreuz in Kabul blieb und in diesem Jahr 157 Millionen Dollar für Afghanistan zur Verfügung hat, sind von dem Abzug 80 Prozent der Hilfsprojekte in Kabul betroffen. Die NRO-Büros in anderen Gebieten Afghanistans waren von der Ausweisung nicht betroffen. Sieben von der Ausweisung betroffene französische NROs riefen die UNO auf, gegenüber den Taleban eine feste Haltung einzunehmen. In einem Brief vom 21. Juli kritisierten sie die UNO für das Abkommen, das mit den Taleban im Mai unterzeichnet wurde. Es gestattete der UNO, in Kabul tätig zu werden, erlegte ihr aber Beschränkungen insbesondere bei der Anstellung afghanischer Frauen auf. "Die Unterzeichnung des Protokolls hat die Tür für eine diskriminierende Politik geöffnet", hieß es in dem Brief.

### Masud Militärführer der Nord-Allianz

Nach der Eroberung der Stadt Shebarghan, des Hauptquartiers des afghano-usbekischen 'Warlords' Abdurashid Dostum, durch die Taleban und Dostums Flucht hat die Allianz der Taleban-Gegner Ahmad Schah Masud

zu ihrem neuen Oberkommandierenden bestimmt. Die Entscheidung fiel bei einem Treffen von "Interimspräsident" Burhanuddin Rabbani sowie Vertretern der schiitischen 'Hezb-e Wahdat', dem früheren Premier Gulbuddin Hekmatyar und anderen Oppositionsführern am 2. August in Mazar-i Sharif. Gleichzeitig wurde ein sechsköpfiges "Verteidigungskomitee" gegründet. Ihm gehören Ustad Muhaqiq ('Hezb-e Wahdat', Khali-Gruppe), Kazmi ('Hezb-e Wahdat', Akbari-Gruppe), Ustad Anwari und Ali Jawed (beide 'Harakat-e Islami'), Juma Khan Hamdard (Hekmatyar) und Ustad Atta (Rabbani/Masud) an. Dostums national-islamische Bewegung ist nicht mehr vertreten.

### Rußland/GUS: Taleban sollen stoppen

Nach dem anfänglichen Taleban-Alarm nach deren Eroberung Mazar-i Sharifs setzt an der südlichen GUS-Grenze wieder die Rationalität ein. Generaloberst Nikolai Bordjusha, Kommandeur der russischen Grenztruppen, senkte anlässlich eines Besuchs an der tajikisch-afghanischen Grenze Ende August die Alarmstufe, als er erklärte, daß die Situation dort "ruhig" sei und kein Grund für eine sofortige Verstärkung der dort stationierten russischen Einheiten bestehe. Allerdings, so beruhigte er seinen Gastgeber, den Präsidenten Emomali Rahmonow, stünden die russischen Truppen bereit, sollten die unliebsamen Nachbarn im Süden die Grenze bedrohen. Bordjusha auf dem Fuße folgten der Stabschef der russischen Armee, Anatoli Kwaschin und Vizeaußenminister Boris Pastuchow, die bereits die benachbarten GUS-Staaten bereit hatten. Sie besuchten die russische 201. Motorisierte Division und die ebenfalls überwiegend russische GUS-Freidenstruppe, die in Tadjikistan stationiert sind und versicherten Rahmonow ebenfalls, man werde gemeinsam für eine Verbesserung der Sicherheitssituation entlang der neuralgischen Grenze sorgen.

Weitaus kriegerischer hatten sich zuvor die Außen- und Verteidigungsminister Kasachstans, Kirgisistans, Tadjikistans und Usbekistans gegeben, die in der usbekischen Hauptstadt Taschkent zum Thema der Taleban-Gefahr konferierten. Sie verabschiedeten eine "vertrauliche gemeinsame Erklärung" und besprachen "mögliche Szenarien der Ereignisse (in Afghanistan) und Maßnahmen" sowie den Kampf gegen die "Ausbreitung des islamischen Extremismus". Rußland und Usbekistan hatten Anfang August die Taleban aufgefordert, "unverzüglich ihre militärischen Aktivitäten einzustellen". Einen Tag zuvor hatte das russische Außen-

ministerium deshalb schon die Botschafter Afghanistans, Irans und Pakistans einbestellt. Gleichzeitig boten Rußland und Usbekistan den afghanischen Fraktionen ihre Vermittlung an. Beide Seiten kündigten angesichts des Vormarschs der Taleban an, "alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Integrität der GUS-Grenze zu sichern", da dies "direkt die Sicherheit und die nationalen Interessen Rußlands, Usbekistans und anderer zentralasiatischer Staaten gefährdet". Aber man werde nicht auf afghanischem Territorium intervenieren, hieß es weiter - ein Hinweis auf die zehn Jahre sowjetischer Besetzung Afghanistans. Die Taleban wiesen das Vermittlungsangebot zurück.

### Studie: Frauen "unter Hausarrest"

Erstmals sind einer Studie detailliert die Folgen der frauenfeindlichen Politik der Taleban beschrieben worden. Für den 108 Seiten starken Report, den die Organisation 'Ärzte für Menschenrechte' aus Boston (USA) am 5. August veröffentlichte, interviewte die afghanisch-stämmige Mitarbeiterin Zohra Rasekh Anfang 1998 in Kabul drei Monate lang 200 Afghaninnen, 40 davon direkt, weitere 160 mit Hilfe schriftlicher Fragebögen. Ihr Resümee: Kein anderes Regime in der Welt habe "die Hälfte ihrer Bevölkerung so methodisch und gewalttätig in einen faktischen Hausarrest gezwungen". 71 Prozent der Befragten hätten angegeben, daß sich ihr Gesundheitszustand verschlechtert habe, seit die Taleban 1996 die afghanische Hauptstadt eroberten. 97 Prozent zeigten Symptome schwerer Depression.

Obwohl nach UN-Angaben 60 Prozent der Kabuler Bevölkerung von humanitärer Hilfe abhingen, gaben nur sechs Prozent der befragten Frauen an, daß sie solche auch erhalten hätten. Dies liegt dem Report zufolge zumindest teilweise daran, daß es die Taleban neben dem Schulbesuch allen Frauen und Mädchen untersagt hatten, ohne männliche Begleitung den Arzt zu besuchen und sich um Lebensmittelhilfe anzustellen. Davon seien vor allem die 50.000 Kabuler Witwen betroffen. "Schikanen und physische Mißhandlungen" seien in Kabul "extrem gewöhnlich", heißt es in Rasekhs Bericht weiter. Sie listet detailliert 43 Fälle auf, die meist durch Verletzungen der sogenannten islamischen Kleiderordnung durch die Frauen ausgelöst worden waren. In einem Interview berichtete eine Frau, wie ihre achtjährige Schwester von der Religionspolizei der Taleban geschlagen wurde, weil sie außerhalb der Hauses keinen Schleier getragen hatte. Das Mädchen sei dadurch so traumatisiert worden, daß sie



seitdem das Haus nicht mehr verlasse. In einem Interview der 'Voice of America' warnte Rasekh davor, daß die humanitären Organisationen ihre Arbeit in Afghanistan einstellen. Sie "müssen weiterarbeiten", sagte sie, "sonst wird es eine massenhafte Hungersnot geben, und die Menschen werden wegen fehlender Gesundheitsfürsorge und Lebensmittel zu sterben beginnen". Dafür sollte die UNO ihr gesamtes Personal aus Afghanistan abziehen, alle Gespräche mit den Taliban suspendieren und ihnen so klarmachen, daß die internationale Gemeinschaft sie nicht für eine "geeignete Regierung" halte. Gegenwärtig ist es in Afghanistan genau umgekehrt: Die Hilfsorganisationen sind abgezogen, weil die Taliban sie zentral und kontrolliert unterbringen wollten, und die UNO arbeitet weiter.

### Pakistan verhaftet fünf Taliban

Wegen staatsfeindlicher Aktivitäten hat die pakistanische Polizei Anfang August fünf Taliban-Mitglieder. Laut 'Frontier Post' (Peshawar) hätten sie im Flüchtlingslager Nasirbagh No. 2 die "Sicherheit und Ordnung gestört", indem sie Lagerinsassen unter Druck gesetzt hätten.

### UN-Sicherheitsrat "besorgt"

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 6. August seine "ernste Sorge" über die militärische Eskalation in Afghanistan geäußert, alle Fraktionen aufgefordert, ihre dazu führenden Aktionen zu unterlassen und über einen "sofortigen und bedingungslosen" Waffenstillstand zu verhandeln. Die Fraktionen sollten "an den Verhandlungstisch zurückkehren" und zusammenarbeiten, um eine "vollständig repräsentative Regierung auf breiter Grundlage" zu bilden. Alle Staaten sollte sich der Einmischung enthalten, einschließlich der "Beteiligung ausländischen militärischen Personals (...) an der Planung von und Teilnahme an Kampfoperationen im Land" - ein indirekter Hinweis auf entsprechende pakistanische Verwicklungen.

### Verhaftungen bei Herat

Die Taliban haben am 8. August im iranisch-afghanischen Grenzort Islam Qala in der Provinz Herat eine Gruppe von 22 bewaffneten Männern verhaftet, berichtet die indische Nachrichtenagentur NNI. Sie soll unter dem Kommando von Fazl Ahmad Badakhshi gestanden haben. Den Taliban zufolge wollte die Gruppe "den Frieden in dem Gebiet stören". Von Iran aus haben Anhänger des früheren Gouverneurs Ismail Khan wiederholt versucht, bewaffnete Aktionen

gegen die Taliban zu beginnen.

### Pakistan und die Taliban

Pakistans Unterstützung der Taliban beruht nicht "auf einer koordinierten staatlichen Politik, sondern auf dem komplexen Zusammenwirken verschiedener Entscheidungsträger in Islamabad und in den Grenzprovinzen", lautet das Resümee einer Rezension des Sammelbandes "Fundamentalism reborn? Afghanistan and the Taliban" (herausgegeben von William Maley. Hurst: London, 1998), die die 'Neue Zürcher Zeitung' (NZZ) am 11. August veröffentlichte. "Es wäre zudem verfehlt, sich die Taliban als reine Marionetten vorzustellen." Pakistan habe seinen bisherigen Favoriten Hekmatyar "nur in Raten" und infolge einer veränderten innenpolitischen Konstellation fallenlassen. Bei der eigentlichen Gründung der Miliz durch den heutigen 'Emir' Muhammed Omar scheint Pakistan seine Hände noch nicht im Spiel gehabt zu haben", heißt es. "Doch ihr rascher Aufstieg wäre ohne Hilfe von außen kaum möglich gewesen." Schon in ihrer frühen Phase hätten sich die Taliban aber als "unbequeme Partner" erwiesen, "die nicht einfach den Anweisungen Islambads folgten".

Neben Saudi-Arabien hätten als "Transportmafia" bezeichnete pakistanische Händlerkreise "erhebliche finanzielle Mittel" zur Verfügung gestellt. Pakistans Militärgesheimdienst ISI habe sich laut einem der Autoren, dem Pakistani Ahmad Rashid, der laut NZZ "Sicherheitskreisen" nahesteht, erst "nach langem Zögern" zur Unterstützung der Taliban entschlossen. Ein weiterer Autor, der Militäranalytiker Anthony Davis, gehe "von einer substantiellen Hilfe bei der Logistik und bei der operationellen Planung aus". Der für die Taliban typische Stil einer schnellen, mobilen Kriegsführung sei in Afghanistan zuvor unbekannt gewesen. Rashid schreibt laut NZZ weiter, "die Taliban hätten innerpakistanische Differenzen ausgenutzt und ein Maximum an Unterstützung herausgeholt, ohne politische Zugeständnisse zu machen". Er fürchte zudem, "daß Islamabad die Kontrolle über die Dinge verlieren könnte. Enttäuscht über die parlamentarische Demokratie, sähen viele Pakistaner in den Taliban eine Inspiration. Die Gefahr einer islamischen Revolution in seinem Land sei heute so groß wie nie zuvor."

### Hekmatyar dementiert seinen Tod

Gulbuddin Hekmatyar, in den 80er Jahren Chef der stärksten afghanischen Mujahedin-Fraktion, hat am 11. August über Radio Teheran seinen eigenen Tod

dementiert. Agenturen hatten am gleichen Tag unter Berufung auf Taliban-Quellen in Kabul gemeldet, er sei in der Nordostprovinz Tokhar erschossen worden. Pakistanische Zeitungen hatten drei Tage zuvor gemeldet, der Radikalislamist sei von Kämpfern des 'Warlords' Ahmad Schah Masud festgenommen worden. Zuvor hatte Azizullah Schafaq, Sprecher der schiitischen 'Wahdat'-Partei, Hekmatyar indirekt beschuldigt, für den Fall Mazar-i Sharifs, Regierungssitz der Taliban-Gegner, verantwortlich zu sein. "In Mazar schafften es die Taliban nur mit Hilfe einiger Verräter, in die Stadt einzudringen", sagte er. Einige Hekmatyar-Unterführer hatten in der Stadt Balkh, 40 Kilometer östlich von Mazar, beim Anrücken der Taliban die Seite gewechselt. Balkh, mit überwiegend paschtunischer Bevölkerung eine Hochburg Hekmatyars Islamischer Partei, war auch einer der drei Ausgangspunkte der Taliban-Offensive gegen Mazar-i Sharif. Nominell sind Hekmatyar und Masud im Rahmen der 'Vereinigten Islamischen Front zur Rettung Afghanistans' verbündet. Unter Masuds politischem Chef, "Interimspräsident" Burhanuddin Rabbani, war Hekmatyar 1996 sogar Premier. Aber das dauerte nur wenige Wochen, dann eroberten die Taliban Kabul. Schon damals waren es Hekmatyar-Anhänger, die ihnen die Verteidigungslinien öffneten. Schon zuvor verband Hekmatyar und Masud aber eine abgrundtiefe persönliche Feindschaft. Während der sowjetischen Besatzung kämpften beide häufiger gegeneinander als gegen den gemeinsamen Feind. Nach dem Abzug der Sowjets 1989 und dem Sturz des von ihnen installierten Präsidenten Najibullah 1992 lieferten sie sich einen Wettlauf um die Einnahme Kabuls. Masud siegte, aber nur durch die Hilfe des übergelaufenen Najib-Verbündeten General Dostum.

### 'Cruise Missiles' knapp daneben

"Bin Laden ist in Sicherheit, und keinem seiner Begleiter ist irgendetwas passiert", meinte Taliban-Sprecher Mullah Abdullah in deren Hauptquartier Kandahar, kurz nachdem US-Raketen am 20. August drei islamistische Ausbildungslager anvisierten. Härter getroffen wurden hingegen zwei Lager, in denen Pakistaner Landsleute beziehungsweise Kaschmiris für den 'Jihad' in Kaschmir ausbildeten. Die pakistanische Presse brachte dazu zahlreiche Augenzeugenberichte. Der saudische Dissident Osama Bin Laden, der als wichtigster Finanzier eines internationalen islamistischen Terrornetzwerks gilt und seit seiner Flucht 1996 aus dem Sudan bei den Taliban Gastrecht genießt, wird von den USA als Drahtzieher



der Bombenanschläge auf ihre Botschaften in Kenia und Tansania betrachtet. Den Taleban zufolge wurden dabei auch der Flughafen von Khost, nordwestlich des Bin-Laden-Lagers in Shawar (Provinz Paktia) und Objekte in der weiter nördlich gelegenen Provinz Nangrahar bei Jalababad angegriffen. Bin Laden hatte sich, in kurzfristiger Änderung seines Zeitplans, während des Raketenangriffs nicht in Shawar aufgehalten. Pakistani-sche Zeitungen berichteten später, er sei zuvor gewarnt worden. Bin Laden selbst soll in zwei Telefoninterviews noch 90 Minuten vor dem US-Luftangriff, darunter mit der BBC, Anschläge auf US-Militär und -Zivilisten als legitim bezeichnet, eine Verwicklung in die Botschaftsattentate aber zurückgewiesen haben. Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar, der bereits früher gegenüber dem saudischen Geheimdienstminister Prinz Turki al-Faisal (einem seiner wichtigsten Förderer) zugesagt hatte, daß Bin Laden keinerlei Aktivität aus Afghanistan erlaubt werde, soll dessen Bewegungsspielraum anschließend eingeschränkt haben. Er kündigte sogar an, Bin Laden vor Gericht zu stellen, wenn ihm "etwas nachgewiesen" werde.

Neben der aus sechs Einrichtungen bestehenden Anlage in Shawar, verfügt Bin Laden über mindestens zwei weitere Stützpunkte in Afghanistan. In Kandahar errichtet er gegenwärtig einen großen Wohnkomplex, ein weiterer Stützpunkt befindet sich in der Provinz Nangrahar.

Die wichtigsten Verbündeten waren offensichtlich im Voraus über den Raketen-schlag informiert. Die deutsche und die französische Regierung hatten am Tag davor ihre Staatsbürger "wegen des drohenden weiteren Vormarschs der Taleban" aus Afghanistan ebenso evakuiert wie die UNO ihre Mitarbeiter.

### Spannungen Iran-Taleban

Kurz vor dem Ausbruch eines offenen Krieges standen am ersten Septemberwochenende der Iran und die afghanischen Taleban, jedenfalls wenn man US-Einschätzungen Glauben schenkte. Tatsächlich hatte sich die Krise um eine Gruppe in Afghanistan festgehaltener iranischer Geiseln zugespitzt. Teheran startete in unmittelbarer Nähe der Grenze mit 70.000 Mann das größte Manöver seit der islamischen Revolution von 1978, drohte mit Militärschlägen, wenn die Geiseln nicht freigelassen würden und berief sich auf die Legitimität von "Maßnahmen zur Selbstverteidigung" auf der Grundlage von Kapitel 7, Absatz 51 der UN-Charta. Soldaten und Angehörige der paramilitärischen 'Pasdaran' (Revolutionswächter) unter dem Kommando von 'Pasdaran'-Chef General Yahya Rahim Safawi übten die

Langstreckenverlegung einer 7.000 Mann starken schnellen Eingreiftruppe sowie Vorstöße auf afghanisches Territorium. Doch nach der erste Aufregung schloß Irans Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei einen Krieg aus. Nach Angaben des Sicherheitsberaters Präsident Bill Clintons, Samuel Berger, blieben nach dem Manöver 35.000 Soldaten sowie 25 Kampfflugzeuge, 80 Panzer sowjetischen Typs, 60 schwere Geschütze und zwei Flugabwehrbatterien im Manövergebiet bei der Stadt Tayyebat, keine 20 Kilometer vom wichtigsten afghanisch-iranischen Grenzübergang Islam Qala entfernt. Dazu kommen 2.000 bis 4.000 Angehörige afghanischer talebanfeindlicher Gruppen, die 1995/96 auf der Flucht vor den Taleban die Grenze nach Iran überquert hatten und dort von 'Pasdaran' ausgebildet worden sein sollen. General Safawi bestätigte den Verbleib, wenn auch nicht die Zahlen.

Die iranisch-afghanische Geiselkrise hatte am 8. August begonnen, als die Taleban die nordafghanische Stadt Mazar-i Sharif eroberten. Dabei drangen sie auch in das dortige iranische Konsulat ein. Teheran beschuldigte sie daraufhin, elf Diplomaten und einen Korrespondenten der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA entführt zu haben. Die Taleban gaben zunächst nur die Festnahme von 35 iranischen LKW-Fahrern zu, die Militärgüter nach Afghanistan gebracht hätten. Inzwischen ist sogar von bis zu 78 iranischen Geiseln die Rede. Es begann ein wochenlanges Verwirrspiel. Die zölf hätten sich mit einer der Gegenparteien nach Zentralafghanistan abgesetzt, behaupteten die Taleban zunächst, oder seien von Talebangegnern umgebracht worden. Außerdem habe es sich überhaupt nicht um Diplomaten gehandelt. (Das könnte sogar stimmen, denn Iran unterstützt einige der Anti-Taleban-Gruppen mit Waffen, Munition und Beratern. Zudem ist davon auszugehen, daß sich unter den Konsulatsmitgliedern auch Geheimdienstler befanden.)

Dann berichtete 'amnesty international', daß die Taleban in Mazar auch die zwölf vermißten Iraner umgebracht und in einem Massengrab auf dem Gelände einer Mädchenschule verscharrt hätten. Als sich darauf die Lage an der beiderseitigen Grenze zuspitzte, änderte sich im Taleban-Hauptquartier Kandahar die Tonlage. "Es ist möglich, daß Taleban-Kräfte sie übereifrig und ohne Befehl von oben getötet haben", gab ihr Sprecher Wakil Ahmad Mutawakil zu. Er fügte unter Bezug auf internationale Gepflogenheiten, die Taleban sonst nicht gerade beachten, hinzu: "Sie hatten dort nichts zu suchen."

Zu Redaktionsschluß gab es weitere Anzeichen für ein Einlenken der Taleban

und ihrer Hintermänner in Pakistan. Am 3. September ließen sie als "Zeichen des guten Willens" drei LKW-Fahrer und zwei weitere Iraner frei. Bezeichnenderweise wurden sie an Bord eines pakistanischen Militärflugzeuges in einen pakistanischen Luftwaffenstützpunkt nahe der Hauptstadt Islamabad gebracht. Eine Teheraner Zeitung zitierte am selben Tag einen iranischen Diplomaten in Pakistan, Islamabad habe zugesagt, binnen einer Woche das Schicksal der Geiseln aufzuklären. Zudem sagte Pakistans Außenminister Sartaj Aziz zu, ein UN-geführtes iranisch-afghanisches Team könne nach Mazar-i Sharif fahren, um nach den Leichen zu suchen.

Nach letzten Meldungen wurden bisher neun Leichen der von Talebaneinheiten ermordeten Diplomaten "aufgefunden". Der Iran hat auf diese Informationen mit neuen Militärkonzentrationen an der Grenze zu Afghanistan reagiert und Luftwaffeneinheiten nach Bamian im Hazara-Siedlungsgebiet verlegt. Jüngste Geländegewinne ließen die Taleban mittlerweile bis auf zehn Kilometer an Bamian vorrücken; die weitere Stoßrichtung ist der strategisch wichtige Shibar-Paß.

### Amnesty: Taleban verübten Massenmord

Nach der Einnahme der Stadt Mazar-i Sharif im August haben die Taleban "willkürlich und systematisch tausende Hazara-Zivilisten" umgebracht. Dies geht aus einem Bericht hervor, den 'amnesty international' am 3. September publik machte. Da die Stadt seither für die Medien und unabhängige Beobachter gesperrt sei, bezieht sich der Bericht auf Augenzeugen. In einem Fall sei eine Gruppe von 70 gefangenen Männern in der Nähe der Stadt Hairatan vor Dorfbewohner in einer islamischen Schächtungszeremonie getötet worden am Grab eines von den Taleban schon früher ermordeten Hazara-Führers. In mehreren Fällen hätten sie junge Frauen als "Dienerinnen" entführt, um sie später an Taleban-Mitglieder zu verheiraten. Tausende Einwohner der Stadt seien in Verhörzentren gebracht worden, wo die Taleban vor allem ihre ethnische Zugehörigkeit festzustellen suchten. Während Nicht-Hazara nach wenigen Tagen wieder entlassen wurden, wurden Hazara weiter festgehalten. Hunderte seien mit Flugzeugen nach Kandahar gebracht, andere nachts auf umliegenden Feldern erschossen worden.

Die Hazara sind als Schiiten nicht nur eine ethnische, sondern auch eine religiöse Minderheit, die bis zur sowjetischen Besetzung in Afghanistan häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt



wurden. Im Befreiungskampf spielten sie aber eine eigenständige Rolle und konnten sich emanzipieren. Es waren vor allem Hazara-Kämpfer, die 1997 die Taleban bei einem früheren Angriff aus Mazar-i Sharif vertreiben konnten. Dafür haben sich die Taleban jetzt offenbar gerächt. Sie selbst wiesen die 'amnesty'-Vorwürfe jedoch zurück, weil sie auf "Information der Opposition" beruhten. "Es ist gegen unsere Religion, Zivilisten zu töten", so Taleban-Sprecher Mutawakil.

### Blockfreie Staaten erkennen Taleban-Gegner an

Trotz gegenteiliger pakistanischer Bemühungen hat die Bewegung der blockfreien Staaten (NAM) bei ihrem Gipfel Anfang September in Durban

(Südafrika) den Sitz Afghanistans der von den Taleban verjagten Regierung des "Interimspräsidenten" Burhanuddin Rabbani zugesprochen. NAM-Sprecher Marco Boni zufolge habe sich das Gastgeberland Südafrika dabei von der UNO leiten lassen, die Rabbani ebenfalls weiter anerkenne. Rabbani nutzte die Tribüne, um Pakistans Regierung zu beschuldigen, mit "international bekannten Finanziers des Terrorismus" zusammenzuarbeiten. Der pakistanische Militärgeschichtsdienst und paramilitärische Truppen nahmen aktiv an Operationen in Afghanistan teil. Diese "vom Ausland gesponsorte Okkupation Afghanistans" bedrohe die Länder Südasiens.

### US-Wirtschaftsaktivitäten

Nachdem der Ölkonzern UNOCAL sei-

nen Plan einer Trans-Afghanistan-Pipeline wegen der internationalen Ablehnung der Taleban erst einmal auf Eis legen mußte, finden sich in den USA wieder neue Investoren. Anfang September unterschrieb die Telekommunikationsfirma TCI mit dem entsprechenden Taleban-Ministerium einen 419-Millionen-Dollar-Kontrakt über den Aufbau von Mobiltelefon-Kapazitäten zunächst in 14 afghanischen Provinzen, dann innerhalb von drei Jahren im ganzen Land. Dabei sollen fast ausschließlich afghanische Ingenieure und Techniker eingesetzt und 20.000 Jobs geschaffen werden. TCI werde 80 Prozent der Kosten übernehmen, die "afghanische Regierung" den Rest.

## Die Taleban erobern Afghanistans letzte Großstadt und fordern internationale Anerkennung

von Thomas Ruttig

**Nach ihrer Niederlage in Mazar-i Sharif bleiben den Taleban-Gegnern nur unzugängliche Berggebiete. Mit Irans und Rußlands Hilfe können sie aber einen Guerillakrieg fortsetzen.**

Nein, Widerstand habe es kaum gegeben, so der Taleban-Vertreter in Pakistan, in der britischen BBC. Die gegnerischen Kämpfer hätten fluchtartig das Weite gesucht und dabei viele Waffen zurückgelassen.

Am frühen Morgen des 8. August waren 5.000 Mann der ultra-islamistischen Taleban-Bewegung aus drei Richtungen in die "Hauptstadt" ihrer Gegner, Mazar-i Sharif, eingedrungen: aus den Provinzen Samangan und Sar-e Pul im Süden und aus Daulatabad (Provinz Balkh) im Nordwesten. Binnen drei Stunden brachten sie die meisten strategischen Punkte unter Kontrolle. Zunächst noch umkämpft war der Flughafen der durch Flüchtlinge aus anderen Teilen Afghanistans zu einer Millionenmetropole angewachsenen Provinzstadt. Zwei Tage später war auch der letzte Widerstand zusammengebrochen. "Mangels Koordination und Munition", so der Vertreter der aus Kabul vertriebenen Regierung in London, Ahmad Wali Masud, war eine Gegenoffensive der Anti-Taleban-Allianz zusammengebrochen. "Die Taleban haben jetzt wieder die Kontrolle über die Stadt."

Die Kämpfer der stärksten Allianz-

Komponente in der Stadt, der schiitischen 'Partei der Islamischen Einheit' ('Wahdat'), sollen sich in ihre Hochburg nach Zentralafghanistan zurückgezogen haben. Weiter nordöstlich in der Provinz Kunduz ergab sich ein Kommandeur des afghano-usbekischen 'Warlords' Abdurashid Dostum mit 500 Mann. In der Provinz Sar-e Pul, südlich von Mazar, wollen die Taleban 30 Dostum-Soldaten in Frauenkleidern festgenommen haben. "Es gibt nicht viel, was wir im Moment im Norden machen können", meinte Dostum-Sprecher Assadullah. "Unsere Kräfte sind überallhin zerstreut worden."

Die Taleban gaben am gleichen Tag bekannt, eine Expertengruppe verschiedener Ministerien solle nun nach Mazar reisen, um dort die Sharia, die islamische Rechtsprechung, einzuführen. Niemand behaupte, fügte ein Taleban-Sprecher laut der Nachrichtenagentur Reuters hinzu, daß die Afghanen in Norden keine frommen Muslime seien. Nur sei dort der Sharia noch nicht Geltung verschafft worden. Zudem begannen sie, in Mazar-i Sharif die Waffen einzusammeln. Dies dürfte vor allem jene Gebiete betreffen, in denen die schiitische Minderheit wohnt. Sie hatte bereits im Mai

1997 mit einem Aufstand dafür gesorgt, daß die Taleban Mazar-e Scharif wieder aufgeben mußten, nachdem sie schon einmal in die Stadt eindringen konnten. Das dürften die Taleban ihnen nicht vergessen haben. Ihre Rachegefühle könnten noch dadurch angefeuert werden, daß anschließend mehrere tausend gefangene Taleban-Kämpfer umgebracht und in Massengräbern verscharrt wurden. Dafür waren allerdings nicht die Schiiten, sondern ein anderer Warlord der Anti-Taleban-Allianz, General Abdul Malek, verantwortlich, der sich gegenwärtig in Iran aufhält. Schon beschuldigte Oppositionssprecher Masud Khalili in New Delhi die Taleban, hunderte schiitische Zivilisten ermordet zu haben.

Parallel zu Mazar-i Sharif fiel auch die Stadt Hairaton am Grenzfluß Amu-Darja den Taleban in die Hände. Dort verläuft über eine Brücke die einzige Landverbindung nach Usbekistan, das aus Eigeninteressen - Abwehr der "islamischen Gefahr" - sowie in Kooperation mit Rußland den bisherigen Machthaber Nordafghanistans, Dostum, mit Waffen, Ersatzteilen und Munition versorgte. Doch Dostum war bereits zuvor bei innerparteilichen Streitigkeiten - mit Ab-